



Mitteilungen des Bundes der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen im dbb

Landesverband Rheinland-Pfalz  
Telefon: 06131/67 63 38

Adam-Karrillon-Str. 62  
Internet: [www.rlp-brh.de](http://www.rlp-brh.de)

55118 Mainz  
E-Mail: [banten@rlp-brh.de](mailto:banten@rlp-brh.de)

---

**Ausgabe 3/2016**

**März 2016**

---

Sehr geehrte Kolleginnen,  
sehr geehrte Kollegen,

für die deutsche Wirtschaft und den Staat war 2014 ein gutes Jahr. Das hat die Ungleichheit bei den Einkommen allerdings kaum reduziert. Der Anteil der von Armut bedrohten Menschen ging lediglich 0.1 Prozentpunkte zurück, so der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes für das Jahr 2014. Mit 15.4 % bleibt die Armutsquote in Deutschland auf einem hohen Niveau. Diese Entwicklung ist ein Indiz dafür, dass die Einkommensarmut in Deutschland weniger ein wirtschaftliches als ein politisches Problem ist.

Nach der Definition sind Haushalte dann von Armut gefährdet, wenn sie weniger als 60 Prozent des sogenannten bedarfsgewichteten Einkommens zur Verfügung haben. In der Bundesrepublik sind das z. Z. 12.5 Millionen Menschen, davon etwa 3.4 Millionen Rentner. Wie deutlich die Entwicklung in manchen Regionen ist, zeigt ein Blick auf die letzten zehn Jahre. So ist z. B. im Ruhrgebiet die Armutsquote um 27.5 % gestiegen. Alarmierend ist laut Armutsbericht die Entwicklung bei älteren Menschen. Die Renten schützen schon seit langem nicht mehr vor finanzieller Not. Die Quote der altersarmen Rentner ist seit 2005 um 46 % gewachsen, somit stärker als bei keiner anderen Bevölkerungsgruppe. Mit 15.6 Prozent lagen sie 2014 erstmals über dem Gesamtdurchschnitt. So erklärt sich auch die Tatsache, dass die Zahl der Senioren mit Minijobs kontinuierlich wächst. Aus der Politik heißt es, dass die über 65jährigen nicht aus Spaß weiterarbeiten, sondern „um der Armut zu entfliehen“; weiterhin die Tatsache, dass immer mehr Rentner auf die Grundsicherung angewiesen sind und diese Sozialhilfe auch brauchen. Im Jahr 2015 waren dies mehr als 500 000 Rentner und Rentnerinnen, vor allem Frauen aus Westdeutschland, deren Rentenansprüche nicht ausreichen.

Neben Rentnern sind nach wie vor Erwerbslose und Alleinerziehende von Armut bedroht. Auch die Kinderarmut liegt in unserer reichen Republik mit 19 % deutlich über dem Durchschnitt. Soweit die Fakten zur Armutssituation.

In der aktuell en politischen Lage, vor drei wichtigen Landtagswahlen, und vor dem Hintergrund der immensen Kostenlawine, die durch den Flüchtlingsstrom auf uns zukommt, hat sich in der großen Koalition schon wieder ein Streit entfacht. Der SPD-Vorsitzende Gabriel hat seine Forderungen nach einem Solidaritätsprojekt für stärkere Sozialausgaben zugunsten der eigenen Bevölkerung noch einmal bekräftigt und sorgt sich um den Zusammenhalt im Land.

Wir müssen aufpassen, dass der Satz:..... für Flüchtlinge tut ihr alles und für uns macht ihr nichts...“, sich nicht in der Gesellschaft festbeißt, so Gabriel. Als Stichworte nannte er die

Bekämpfung von Kinder- und Altersarmut und Stopp bei der Absenkung des Rentenniveaus (zu dieser Absenkung hat die SPD maßgeblich beigetragen).

Sein Gegenpartner, Bundesfinanzminister Schäuble, hält diese Geldforderungen Gabriels für „erbarmungswürdiges“ Gerede und sorgt sich um seine schwarze Null, obwohl er zwanzig Milliarden mehr eingenommen hat als vorgesehen. Sein Credo: Wenn man Flüchtlingen nur noch dann helfen dürfe, wenn wir anderen, die nicht so bitter in Not sind, das Gleiche geben oder mehr, dann ist das „erbarmungswürdig“.

Um Ihnen auch einmal einfach eine andere Meinung zu präsentieren, zitiere ich aus einem Leserbrief mit der Überschrift:

### **Im Heim vergessen, mit 109.08 € Taschengeld....**

„In der aktuellen Diskussion um die Verteilung von Milliarden Euro, möchte ich unsere Politiker unbedingt daran erinnern, dass es doch viele vergessene Bürgerinnen und Bürger in unserem Lande gibt, die keine Lobby und keine Fürsprecher haben. Es handelt sich um alte und kranke Menschen, die nach dem Krieg unser Land materiell und gesellschaftlich aufgebaut haben und nun wegen Alter und Gebrechlichkeit im Heim untergebracht sind. Diese Heimbewohner, die bei dem bekannt geringen Rentenniveau der Deutschen Rentenversicherung kein eigenes Geld mehr zur Verfügung haben, erhalten vom Staat seit dem 1. Januar 2016 ein monatliches „Taschengeld“ von 109.08 € - zwei Euro mehr als vorher. Es bedeutet einen Kraftakt dieses Geld so sparsam auszugeben, dass es für das Nötigste reicht. Von diesen 109.08 € müssen finanziert werden: alle Körperpflegeartikel, die Zuzahlung für ärztliche Verordnungen, Friseurbesuche, Fußpflege, Brillengläser, Schuhe, Unterwäsche, ärztliche Verordnungen auf „Grünem Rezept“, Nahrungsergänzungsmittel, Telefonkosten und sämtliche persönliche Ausgaben“, soweit die Schreiberin.

Nicht nur die Oppositionsparteien im Deutschen Bundestag sind einhellig der Meinung, dass es in Deutschland einen riesigen Sozialen Investitionsstau gibt.

Auch Sozialverbände und Gewerkschaften beklagen die zunehmende Verarmung von Bürgerinnen und Bürgern.

Angesichts der vorliegenden Fakten muss man nicht unbedingt rechter Gesinnung sein, wenn man hier einmal den Vergleich mit Flüchtlingen ansetzt, die nach allen Angaben aus allen politischen Kreisen mit monatlich 1 200.00 € pro Person zu Buche schlagen.

Trotz allem sollten wir nicht vergessen, unser Wahlrecht am kommenden Sonntag wahrzunehmen, um wieder einmal die stärkste Wählergruppe zu sein.

*Mit kollegialen Grüßen*

*Ihr*

  
*Landesvorsitzender*